

Die Regelung der Hinterbliebenenversorgung in Baden-Württemberg



Die Hinterbliebenenversorgung im Landesbeamtenversorgungsgesetz – LBeamtVGBW

Allgemeines

Die Hinterbliebenenversorgung umfasst

- Bezüge für den Sterbemonat
- Sterbegeld
- Witwengeld
- Witwenabfindung
- Waisengeld
- Unterhaltsbeiträge

Diese Leistungen sind steuerpflichtig.

Bezüge für den Sterbemonat

Die Bezüge der Beamten und Ruhestandsbeamten werden monatlich im Voraus gezahlt. Die für den Sterbemonat gezahlten Bezüge werden nicht zurückgefordert. Sie verbleiben den Hinterbliebenen oder Erben und gehören somit zum Nachlass. Zu beachten ist, dass nur die Bezüge für den Sterbemonat den Hinterbliebenen/Erben verbleiben, nicht aber die Bezüge für den Folgemonat, auch wenn gegebenenfalls aufgrund der gesetzlichen Vorgabe, dass die Bezüge monatlich im Voraus gezahlt werden müssen, die Gutschrift bereits erfolgt ist.

Sterbegeld

Beim Tod eines Beamten mit Dienstbezügen oder eines Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bzw. bei einem Ruhestandsbeamten mit Versorgungsbezügen wird an den überlebenden Ehegatten ein Sterbegeld gezahlt. Das Sterbegeld beträgt das Zweifache der Dienstbezüge bzw. des Ruhegehalts. Dabei ist von den Bezügen im Sterbemonat auszugehen. War der Beamte ohne Dienstbezüge beurlaubt, ist das Sterbegeld so festzusetzen, wie wenn der Urlaub mit Beginn des Sterbemonats abgelaufen wäre und der Beamte wieder Dienstbezüge erhalten hätte. War der Beamte teilzeitbeschäftigt, werden für die Bemessung des Sterbegeldes die vollen Dienstbezüge zugrunde gelegt. Bei einem Ruhestandsbeamten ist Grundlage das Ruhegehalt einschließlich ggf. zuletzt gezahlter Kinder- und Pflegezu-

schläge und abzüglich des Kürzungsbetrages aufgrund von Ehescheidung.

Witwengeld

Die Witwe eines verstorbenen

- Beamten auf Lebenszeit, der eine Dienstzeit von mindestens 5 Jahren abgeleistet hat oder infolge Dienstbeschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden zugezogen hat, dienstunfähig war,
 - Beamten auf Probe, der an den Folgen einer Dienstbeschädigung verstorben ist,
 - Ruhestandsbeamten
- erhält grundsätzlich ein Witwengeld.

Dies gilt nicht,

- wenn die Ehe mit dem Verstorbenen nicht mindestens ein Jahr gedauert hat. Bei einer Ehedauer von weniger als einem Jahr wird ein Witwengeld gezahlt, wenn es sich nicht um eine sogenannte Versorgungsehe gehandelt hat.
- wenn die Ehe erst nach Eintritt in den Ruhestand geschlossen wurde und der Beamte das 65. Lebensjahr bereits vollendet hatte. Anstelle des Witwengeldes wird ein Unterhaltsbeitrag in Höhe von 75 Prozent des Witwengeldes gewährt.

Höhe des Witwengeldes

Das Witwengeld beträgt 55 Prozent des Ruhegehalts, das der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er am Todestag wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden wäre.

Wurde die Ehe vor dem 1. Januar 2002 geschlossen und ist mindestens ein Ehegatte vor dem 2. Januar 1962 geboren, beträgt das Witwengeld 60 Prozent des Ruhegehalts des Verstorbenen. War der überlebende Ehegatte mehr als 20 Jahre jünger als der Verstorbene und ist aus der Ehe ein Kind nicht hervorgegangen, ist das Witwengeld ggf. zu kürzen. Die Höhe der Kürzung richtet sich nach der Ehedauer,

wenn die Ehe mit dem Beamten oder Ruhestandsbeamten bereits am 31. Dezember 2010 bestanden hat. Wurde die Ehe mit dem Beamten oder Ruhestandsbeamten nach dem 31. Dezember 2010 geschlossen, wird das Witwengeld um 5 v. H., höchstens um 35 v. H. für jedes angefangene Jahr des Altersunterschieds über 20 Jahre gekürzt.

Beginn der Zahlung

Die Zahlung beginnt nach Ablauf des Sterbemonats des Beamten.

Ende der Zahlung

Der Anspruch auf Witwengeld endet mit dem Tod oder einer Wiederverheiratung der Witwe.

Witwenabfindung

Witwen mit Anspruch auf Witwengeld oder Unterhaltsbeitrag erhalten im Fall einer Wiederverheiratung eine Witwenabfindung. Die Witwenabfindung beträgt das 24-Fache des für den Monat, in dem sich die Witwe wiederverheiratet, nach Anwendung der Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften zu zahlenden Betrages des Witwengeldes oder des Unterhaltsbeitrages. Die Abfindung wird in einer Summe gezahlt. Sie ist einkommensteuerfrei. Durch die Zahlung der Abfindung erlöschen sämtliche Ansprüche, auch wenn die Ehe wieder aufgelöst wird.

Waisengeld

Minderjährige Kinder eines verstorbenen

- Beamten auf Lebenszeit, der eine Dienstzeit von mindestens 5 Jahren abgeleistet hat oder infolge Dienstbeschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden zugezogen hat, dienstunfähig war,
- Beamten auf Probe, der an den Folgen einer Dienstbeschädigung verstorben ist,
- Ruhestandsbeamten

erhalten Waisengeld bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des 18. Lebensjahres. Volljährige Kinder erhalten Waisengeld auf Antrag, solange sie sich in Berufsausbildung befinden, ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten oder aufgrund einer Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten.

Kein Waisengeld erhalten insbesondere Stief- und Pflegekinder sowie volljährige arbeitslose Kinder oder Kinder, die eine Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatz nicht beginnen oder fortsetzen können.

Höhe des Waisengeldes

Das Waisengeld beträgt für Halbwaisen 12 Prozent, für Vollwaisen 20 Prozent des Ruhegehalts, das der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er am Todestag wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden wäre.

Beginn der Zahlung

Die Zahlung beginnt grundsätzlich nach Ablauf des Sterbemonats des Beamten. Kinder des Beamten, die nach diesem Zeitpunkt geboren werden, erhalten Waisengeld vom Ersten des Geburtsmonats an.

Ende der Zahlung

Die Zahlung endet grundsätzlich mit Vollendung des 18. Lebensjahres. Auf Antrag wird das Waisengeld über das 18. Lebensjahr hinaus bis zum 25. Lebensjahr weitergewährt, wenn bestimmte Voraussetzungen für die Gewährung von Kindergeld vorliegen. Für behinderte Waisen kann das Waisengeld auch über das 25. Lebensjahr hinaus gezahlt werden.

Unterhaltsbeitrag

Wenn die Ehe erst nach Eintritt in den Ruhestand geschlossen wurde und der Beamte das 65. Lebensjahr bereits vollendet hatte, wird anstelle des Witwengeldes ein Unterhaltsbeitrag in Höhe von 75 Prozent des Witwengeldes gewährt.

Beginn der Zahlung

Die Zahlung beginnt nach Ablauf des Sterbemonats des Beamten.

Ende der Zahlung

Die Zahlung endet grundsätzlich mit dem Tod oder einer Wiederverheiratung. Bezüglich einer Abfindung vgl. 5. Witwenabfindung.

Höchstgrenze der Hinterbliebenenversorgung

Die Summe der Hinterbliebenenversorgung (Witwen-, Waisengeld und Unterhaltsbeitrag) darf zusammen das zugrundeliegende Ruhegehalt nicht übersteigen. Überschreiten das Witwengeld, Waisengeld und der Unterhaltsbeitrag zusammen diesen Betrag, werden die einzelnen Bezüge im gleichen Verhältnis gekürzt (anteilige Kürzung).

Quelle: LBV 2192-04/14